

Fünfzig Jahre seit dem Tod des Journalisten Dr. Fritz Klein

„Hitler bekam einen Wutanfall und brüllte...“

1986 jährte sich zum fünfzigsten Mal der Todestag eines herausragenden Siebenbürger Sachsen: Michael Arthur Friedrich Klein, als Dr. Fritz Klein in die Geschichte der deutschen Publizistik eingegangen, kam 1936 als Oberleutnant des deutschen Heeres bei einer Waffenübung in der Nähe von Liegnitz nach einem Sturz vom Pferd noch nicht 41jährig ums Leben.

Kein geringerer als Hitler hatte die Anweisung gegeben, den unbequemen, zu internationalem Ruf gekommenen politischen Journalisten aus der Welt zu schaffen. Fritz Klein – notierte Peter Bamm (1897–1975) in seinem 1972 erschienenen Erinnerungsbuch „Eines Menschen Zeit“ – „hatte als Journalist europäischen Rang. Er war ein Freund Stresemanns gewesen, Briand hatte ihm sein Vertrauen geschenkt...“

Der ältere Bruder des Polihistor Dr. Dr. h. c. Karl Kurt Klein (1897–1971), der Sprachwissenschaftlerin und Übersetzerin Dr. Hermine Pildner-Klein (* 1901) – beide Träger des Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturpreises – und des Bank- und Wirtschaftswissenschaftlers Dr. Dr. Gustav Adolf Klein (* 1902) war am 1. 9. 1895 als Pfarrerssohn in Weißkirch in Nordsiebenbürgen geboren. Er hatte als Leutnant freiwillig den Ersten Weltkrieg mitgemacht, in Ungarn Jura und Nationalökonomie studiert und in Klausenburg zum Dr. rer. pol. promoviert.

Nach Gründung der Deutschen Tagespost 1921 in



Dr. Fritz Klein

Hermannstadt durch Dr. Daniel Zekelius und den Volkstumspolitiker Dr. Rudolf Brandisch (1880–1953) wurde Klein zunächst Leiter der Zeitung, dann aber schon 1922 von Brandisch nach Berlin geschickt, wo er bei der Deutschen Allgemeinen Zeitung (DAZ) – der Tageszeitung der preußischen Konservativen – zu arbeiten begann, bald zum Leiter der Abteilung für Außenpolitik und anschließend zum Chefredakteur der angesehenen Zeitung avancierte.

Klein, „ein gut aussehender, immer elegant gekleideter Mann, der ein halbes Dutzend Sprachen beherrschte (und) mit seinem scharfen Verstand, seiner Sachkenntnis und seiner lebhaften Gestik (ein) gescheiter und witziger Gesprächspartner“ war, wie Peter Bamm sich erinnerte, hatte 1923 den Reichskanzler und späteren Reichsaußenminister

(1923–29) Gustav Stresemann (1878–1929) kennengelernt und war von diesem sofort als ausgezeichneter politischer Kopf erkannt worden. Stresemann machte ihn zu seinem Adlatus und Berater und blieb ihm bis zu seinem Tod eng verbunden; Kenner behaupten: Dr. Fritz Klein sei damals der Inspirator der deutschen Außenpolitik und sogar der künftige Reichsaußenminister gewesen.

So war Klein unter anderem Stresemanns Begleiter beim Abschluß der Locarno-Verträge (1925), er beriet diesen in der Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund (1926), und von ihm stammte die in die deutsche Geschichtsschreibung eingegangene Formulierung vom „Versailler Diktat“, wie er den Vertrag von Versailles (1919) mit den für Deutschland kaum tragbaren Belastungen öffentlich bezeichnete. U. a. m.

Die publizistische Frucht dieser politisch für Klein auf der Bühne der europäischen Ereignisse erfahrungsreichen Jahre wurde u. a. das 1930 erschienene Buch „Dreizehn Männer regieren Europa“, eine hervorragend geschriebene, heute noch mit Gewinn zu lesende Reihe von Porträts, wie dem des italienischen Staatschefs Benito Mussolini (1883–1945), des französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand (1862–1932), des späteren englischen Premiers Arthur Neville Chamberlain (1869–1940), des französischen Außenministers, Staats- und Ministerpräsidenten Raymond Poincaré (1860 bis 1934) u. a., die er alle aus mehrfachen Begegnungen wie Gesprächen persönlich genau kannte. Von einem Gespräch mit Mussolini gibt es heute noch das handschriftlich von Klein angefertigte Erinnerungsprotokoll.

Im Herbst 1933 gründete Dr. Fritz Klein in Berlin die Deutsche Zukunft, eine Wochenzeitung; am 15. 10., neunemal Monate nach Hitlers Regierungsantritt, erschien deren erste Ausgabe. „Ein politisches Meisterstück“, nannte Peter Bamm die Gründung dieses den neuen scharfen Pressegesetz-Verordnungen der Nationalsozialisten entgegen konzipierten und in der Folge geleiteten Periodikums. Der inopportune Gründung freilich war ein spektakulärer Vorfall vorausgegangen: vier Monate nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, im Mai 1933, hatte Fritz Klein in der DAZ unter dem Titel „Bruderkampf“ einen Leitartikel veröffentlicht, in dem er Hitlers spätere Österreich-Politik mit deren nicht wieder gut zu machenden Folgen bis in die Einzelheiten voraussagte. „Vielleicht niemals“, schrieb der Schriftsteller, Kunst- und Literaturkritiker Paul Fechter (1880–1958) in seinem 1949 erschienenen Buch „An der Wende der Zeit“, „hat ein politischer Aufsatz eine derartige Wirkung gehabt wie dieser. Hitler bekam einen Wutanfall... Er brüllte und tobte und gab Göring den Befehl, sofort mit ein paar Abteilungen der SA die Druckmaschinen in der Ritterstraße zu zerstören, er hätte den

... Verfasser am liebsten selbst sofort persönlich zur Strecke gebracht...“ Die DAZ wurde für sechs Monate verboten und das Verbot nur für den Fall des Rücktritts Dr. Fritz Kleins für aufhebbar erklärt; Klein wurde nahegelegt, ins Ausland zu gehen. Er weigerte sich, legte seinen Posten als Chefredakteur nieder – und gründete im Herbst 1933 die „Deutsche Zukunft“.

Daß er dann schon 1934 in Danzig zusätzlich auch die Chefredaktion des „Danziger Tagblatts“ übernahm, entsprang ebenso der Absicht, eine Zeitung zu machen, die nicht von „den Vorschriften der Diktatur redigiert“ werde; Hermann Rauschning (1887–1983), zunächst Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, dann aus Deutschland in die USA geflohen, war Klein in Freundschaft zugetan und billigte dessen politische Linie. Doch Klein stand seit seinem „Bruderkampf“-Leitartikel – mit dem er „Hitler entlarvte“, wie Peter Bamm feststellte – längst auf der schwarzen Liste der neuen Machthaber. Erst recht, als diesen nach und nach klar wurde, daß sie es in ihm mit einem Mann zu tun hatten, der sich als unbeugsam erwies, für seine politischen Überzeugungen eintrat und Meinungen an die Leser herantrug, die dem Regime nicht nur nicht nach dem Mund redeten, sondern ihm entgegenarbeiteten.

Von den damals in Berlin herausgegebenen Zeitungen, schrieb der erste deutsche Lehrstuhlinhaber für Zeitungswissenschaft, Emil Dovifat (1890–1969), war „Fritz Kleins Deutsche Zukunft“ Träger einer inneren Opposition aus Umsicht, Klugheit und Tapferkeit, (der) Männer wie Generaloberst Beck, Ulrich von Hassel und Johannes Popitz, die Männer des 20. Juli“, nahestanden. Die Wochenzeitung „behauptete sich mit überlegener Sachkunde, (sie) überspielte mit geistiger Equilibristik ihre Wächter (und fand) die Unterstützung des Auslands, zumal da, wo sie die Verteidigung bedrängte, insbesondere rassistisch verfolgter Persönlichkeiten übernahm“. Niemals „ist in der Deutschen Zukunft“, ergänzte Peter Bamm in diesem Zusammenhang mit größerer Deutlichkeit, „eine Zeile Antisemitismus gedruckt“ worden.

28 Monate lang blieb die zum Ärger der Nationalsozialisten wachsende Deutsche Zukunft ungeschoren. Dann ließ Hitler gegen Dr. Fritz Klein vorgehen, denn Klein, damals seit zwei Wochen als Offizier in Niederschlesien – es war im Frühjahr 1936 –, war ein durch Bekanntheitsgrad wie internationale Verbindungen allzu schmerzhafter Dorn im Auge der politisch Mächtigen geworden. Und so soll denn auch Hitler persönlich den Befehl zur Beseitigung des Siebenbürgers gegeben haben. Der als „Reitunfall“ seinerzeit der Öffentlichkeit mitgeteilte Tod Kleins war in Wirklichkeit ein mit Gift im Morgenkaffee sorgfältig geplanter und durchgeführter Mord – unmittelbar nach dem Genuß des Kaffees in den Sattel gestiegen, stürzte der passionierte und glänzende Reiter am 8. Mai 1936 vom Pferd.

Die tags darauf vor Ort eingetroffene Ehefrau Kleins – Gertrud (Mee) Orend, die er 1922 in Siebenbürgen geheiratet hatte – vermochte an dem Toten keinerlei Zeichen einer Verwundung durch Sturz festzustellen. Spätere jahrelange Nachforschungen jüdischer Freunde bestätigten den schon Jahre nach dem Tod hinter vorgehaltener Hand kolportierten



Umschlag des 1930 erschienenen Buches von Fritz Klein: Dreizehn Männer regieren Europa.

Mord. 1940 wurde die „Deutsche Zukunft“ im Auftrag Joseph Goebbels (1897–1945) aufgelöst und ihre Abonnenten zur Wochenschrift „Das Reich“ übergeführt (!).

Dr. Fritz Klein, eine der bemerkenswertesten Gestalten der deutschen Journalistik zwischen den beiden Weltkriegen, ein Sprachstilt von hohem Können in Verbindung mit einem durchdringenden Verstand und der Gabe leidenschaftlich-kämpferischer Teilnahme an den Bewegungen seiner Zeit, war, wie ihn erst vor kurzem ein Kenner nannte, „ein großer deutscher Patriot“ und ein Mann des deutschen Widerstands gegen Hitler; die Entwicklung bestätigte die Richtigkeit seines politischen Urteils und seiner Haltung. Als in den Jahren nach dem Krieg in Berlin die erste Ausstellung zum Thema „Widerstand“ gezeigt wurde, hing in der Eingangshalle das überlebensgroße Bildnis dieses Siebenbürger Sachsen – mit der Bildunterschrift: „Eines der ersten Opfer des Hitlerfaschismus.“

Die Siebenbürger Sachsen haben in mehrfacher Hinsicht allen Anlaß, sich dieses Mannes mit Nachdenklichkeit und mit Stolz zu erinnern. Er war nicht allein eine Persönlichkeit des weltmännisch sicheren öffentlichen Auftretens in der Reichshauptstadt Berlin wie in anderen europäischen Zentren, sondern immer auch der seinem Volksstamm verbundene Mensch. Wenn er in seiner Berliner Wohnung im Rahmen seiner großen Empfänge unter anderem Landsleute aus Siebenbürgen aufnahm – wie etwa den Chefredakteur des Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatts, Hermann Plattner –, war er, wie Paul Fechter festhielt, nicht nur für sie „der Gesandte seiner Heimat beim Deutschen Reich...“

Es erscheint an der Zeit, daß sich unsere Historiker mit der faszinierenden Gestalt dieses Mannes näher beschäftigen. Hans Bergel

Das heikle Thema: Wir und die Waffen-SS (Fortsetzung)

Wie verhielt es sich mit der Freiwilligkeit?

Von Rolf Reiser

Meine Ausführungen zu diesem Thema in der SZ-Folge 16, vom 15. Oktober d. J., worin ich eine umfassende Dokumentation anregte, fanden breiten Widerhall und Zustimmung. Zahlreichen Briefen und Gesprächen ist zu entnehmen, daß neben den damals mittelbar und unmittelbar Betroffenen auch von der Nachkriegsgeneration – deren Wissen um den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse anscheinend sehr gering ist – eine Dokumentation und Veröffentlichung erwartet und begrüßt wird.

Im Vordergrund vieler Gespräche und Meinungsäußerungen wird heute oftmals die Frage nach der damaligen Einstellung zum „Wehrgedanken“ und zur Ableitung des „Wehr- und Kriegsdienstes“ gestellt. Welchen Charakter hatte unsere Meldung zur Deutschen Wehrmacht-Waffen-SS? Gab es eine „Freiwilligkeit“, hatten wir nur eine „Wehr- und Ehrenpflicht“, erfüllt, oder wurden wir – wie heute gelegentlich behauptet wird – neben moralischem Druck in Einzelfällen auch durch „physischen Terror“ zu Entscheidungen gezwungen? Kann von solchen Einzelverurteilungen – für die schon der Nachweis erbracht werden sollte – auf den unabwendbaren Zwangscharakter des Wehrdienstes in der Waffen-SS gesprochen werden?

Vor der Beantwortung dieser Frage muß zunächst festgehalten werden, daß sich in den südostdeutschen Volksgruppen ganz allgemein die Einstellung zum Wehrgedanken anders entwickelt hatte als im Deutschen Reich. Wurde in Deutschland das Nationalbewußtsein, besonders nach der Machtergreifung, bewußt herausgebildet, so entwickelte sich in den Volksgruppen vielmehr der Anspruch auf kulturelle Eigenständigkeit; ein neues Volksbewußtsein wurde zum Selbstverständnis und Merkmal unseres Behauptungswillens.

Als Staatsbürger des Königreichs Rumänien und als Angehörige der Deutschen Volksgruppe waren wir uneingeschränkt der Militärpflicht im rumänischen Heer unterworfen. In die dieser Armee bekannt schlimmen Verhältnisse waren für unsere dienstpflichtigen Landsleute oft ein Kälvarienweg. Angefangen bei der landesüblichen Korruption, der mangelhaften Unterbringung und Ausrüstung, der schlechten Behandlung und den Schikanen bis hin zur Prügelstrafe, war man hier den Vorgesetzten ausgeliefert. Die Tatsache, daß Sachsen und Schwaben auch hier systematisch benachteiligt wurden und kaum Unteroffiziersgrade erreichen konnten,

geschweige denn Gelegenheit erhielten, auf normalem Weg – bis auf wenige Ausnahmen – die Reserve-Offizierslaufbahn einzuschlagen, war schließlich ausschlaggebend und kennzeichnend für die negative Grundeinstellung zur Militärdienstpflicht in der rumänischen Armee – einer Pflicht, die immer mehr nur als unabwendbarer Zwang verstanden und hingenommen und nicht als eine aus politischer Überzeugung getragene Pflichttreue dem Vaterland gegenüber angesehen wurde.

Diese Zustandsbeschreibung erscheint notwendig zum Verständnis der Problemstellung: Wehrdienst Volksdeutscher – als Soldaten mit fremder Staatsbürgerschaft – in der Deutschen Wehrmacht-Waffen-SS.

Die Begriffe Freiwilligkeit, Bereitschaft zum Wehrdienst, Zwangsrekrutierung unterliegen unterschiedlichen Interpretationen. Für die richtige Bewertung aus damaliger Sicht muß der Zeitpunkt der Meldung zum Wehrdienst und damit auch die Motivation berücksichtigt werden. Eine für alle geltende Verallgemeinerung gibt es nicht.

Nach einem sogenannten „Befehl des Führers“ und einer Weisung des Volksgruppenführers Andreas Schmidt aus dem Februar 1941 – „Jeder wehrfähige Mann dient auf Befehl des Führers in der rumänischen Armee“ – mußten die wehrpflichtigen Volksdeutschen zum rumänischen Heer einrücken. Diese höchst unpopuläre Forderung wurde jedoch ständig unterlaufen: Werbungen und Freiwilligenmeldungen zur Waffen-SS wurden nicht nur stillschweigend geduldet, sondern zum Teil sogar durch Dienststellen der Volksgruppe gefördert und organisiert. Vorhandenen Unterlagen ist zu entnehmen, daß sich bereits im ersten Kriegsjahr 1939 ca. 250 Kriegsfreiwillige aus Rumänien zu Waffen-SS und Heer gemeldet hatten; im Zuge des Jugoslawienfeldzugs April 1941 ist die Aktion der SS-Division „Das Reich“ bekannt. Mit Wissen der Volksgruppen-

führung wurden über 600 Landsleute als „Mannschafts-Ersatz“ mitgenommen und in die Division eingegliedert. Im selben Jahr nahmen ungezählte Einzelpersonen und Gruppen die günstige Gelegenheit zum Grenzübertritt nach Jugoslawien und Ungarn wahr oder fuhren mit Urlaubern und Lazarettzügen nach Wien. Hierbei handelte es sich um Wehrdienstpflichtige oder junge Burschen, die vor einer kurz bevorstehenden Einberufung zum rumänischen Militär standen – sie alle zogen es vor, ihren Wehrdienst in deutschen Verbänden abzuleisten.

Einer Statistik des SS-Hauptamtes vom 15. 1. 1942 ist zu entnehmen, daß sich damals bereits 2500 Volksdeutsche aus Rumänien zum Dienst in der Waffen-SS gemeldet hatten. Im Verlauf des Jahres 1942 hat sich diese Zahl mehr als verdoppelt, denn mit der Aufstellung der SS-Freiwilligen-Division „Prinz Eugen“ im Serbischen Banat ergab sich ein neuer Anreiz zur „Desertion“ und der Möglichkeit, dem Dienst im rumänischen Heer zu entkommen und ins deutsche Heer aufgenommen zu werden. Glücke dies, so folgte jedesmal eine neue Reihe von „Deserteuren“ nach. Man kann davon ausgehen, daß bis Jahresende 1942 rund 6000 Angehörige der Volksgruppe in Verbänden der Wehrmacht-SS dienten. Zum gleichen Zeitpunkt hatten sich in kriegswirtschaftlichen Organisationen wie Luftwaffen-Heeresmission, Generalluftzeugmeisterei, Arbeitskompanien der OT usw. ca. 4000 Männer gemeldet und dienstverpflichtet. Aus dem zivilen Arbeitsverhältnis wurde im Laufe des Krieges eine Überleitung in den Wehrdienst vorgenommen.

Diese Burschen und Männer gingen aus eigenem Willen ihren Weg und sind demnach „echte Freiwillige“ gewesen. Sie handelten gegen einen „Führerbefehl“, die Weisung der Volksgruppenführung wurde umgangen, denn für sie war die Orientierung auf Deutschland naheliegende Selbstverständlichkeit, sie wollten am Schicksalskampf des Volkes teilnehmen, die vorbehaltlose Identifikation galt dem siegreichen und bewunderten deutschen Soldaten und kaum der NS-Bewegung.

Das Problem der „Deserteure“ erreichte seinen Höhepunkt bei der Schlacht und dem Verlust von Stalingrad. Dort wurden unter anderem auch 18

rumänische Divisionen vernichtet. Von den ungefähr 35 000 Volksdeutschen, die im verbündeten rumänischen Heer am Feldzug teilgenommen hatten, meldeten sich rund 10 000 als „Versprengte“ bei deutschen Truppenteilen und wurden in diese eingegliedert. Marschall Antonescu verlangte die Rückführung in die rumänische Armee und kündigte schwerwiegende Rückwirkungen an, weil diese Männer nach rumänischem Gesetz als fahnenflüchtig galten. Hitler lehnte die Forderung ab und warnte vor Repressalien, mit der Begründung: diese „Versprengten“ würden in deutschen Verbänden weiterkämpfen ebenso wie ein deutscher Soldat, der von seinem Truppenteil abgekommen bei einer anderen Einheit weiterkämpfe. Diesen Argumenten

Fortsetzung auf Seite 6

Aufruf zur Mitarbeit

Alle ehemaligen Soldaten und Wissensträger sind zur Mitarbeit aufgerufen; auch durch Erlebnisberichte und direkte Befragungen können Komponenten eingebracht werden, die für eine Gesamtdarstellung unerlässlich sind.

Bitte keine allgemeinen Kriegserlebnisse schildern! Erwünscht sind konkrete Berichte in Kurzfassung zu folgenden Abschnitten: „Versprengte-Deserteure“, Winter 1942/43 (Stalingrad), Übertritt in deutsche Truppenteile; „Rekrutierungsaktion 1943“, Musterteilung-Einberufung/Stellungsbefehl; Motivation zur Meldung oder Verweigerung; Verabschiedung im Heimat-Kreisvorort; Ankunft in Wien; Ausbildung beim Ersatztruppenteil; Verhältnis Reichsdeutsche (Ausbilder)-Volksdeutsche; Anpassungsschwierigkeiten; Integration beim Feldtruppenteil; Verbindung zur Heimat (Post-Urlaub-Betreuungsstelle Wien); Verlust der Heimat 23.8.1944, wann und welche Informationen erhalten; Kriegsende, Gefangenschaft, Folgen (Prozesse/Verurteilung?); Entlassung/Heimkehr.

Gesucht werden Dokumente zu diesem Themenkreis (als Fotokopien); Tagebuchaufzeichnungen und Briefe; Stellungsbefehl (Ausreiseausweis); Feststellungsbescheid für Familienversorgung; Fotos (Rückgabegarantie!) usw.

Bitte helfen Sie mit, möglichst alle Aspekte zu dokumentieren. Einsendungen direkt an den Verfasser: Rolf Reiser, Nibelungenring 8, 8902 Neusäß 1, Tel.: (08 21) 46 44 21